

DIE LINKE.

Danke, Herr Köhler.

Menschenrechte auf die Tagesordnung setzen

Zynisch: Die SPD bringt einen Antrag in den Bundestag ein, in dem sie die vorbildliche Haltung der Bundesrepublik in Menschenrechtsfragen hervorhebt. Ein Blick nach Trier-West, mit Sozialwohnungen, in denen menschenunwürdige Zustände herrschen, reicht. Diese Wohnverhältnisse sind eine grobe Menschenrechtsverletzung. Alters- und Kinderarmut, Kulturkahlschlag in klammen Kommunen - all das darf getrost als Angriff auf die Menschenrechte verstanden werden. Wenn wir uns die deutsche Entwicklungshilfe anschauen, sieht es kaum besser aus. Deutschland hinkt hinterher. Nicht zuletzt sind die Militäreinsätze der Bundeswehr die schärfste, brutalste Form kalkulierter Men-

schenrechtsverletzungen. Wenn der zurückgetretene Bundespräsident dann die Katze aus dem Sack lässt, diese völkerrechtswidrigen Menschenrechtsverletzungen zum Teil einer Wirtschaftslogik macht, dann hat er sich damit zweierlei Verdienst erworben. Er hat zum Einen klar gezeigt, dass er der falsche Mann am falschen Ort war, und hat, zum Zweiten, die Doppelzüngigkeit offengelegt, mit der die Regierenden das Thema „Menschenrechte“ diskutieren. Das muss jedoch nicht so bleiben. Menschenrechte müssen Gegenstand öffentlicher Debatten sein. In diesem Newsletter informiere ich über meine Anstrengungen, sie zum Thema zu machen.

Katrin Werner

INHALT

BEHINDERTENBEIRAT

ROT-GRÜNE REALITÄTEN

GRIECHENLAND-KRISE

KOSOVO IM EUROPARAT

LINKS IN TRIER



REGENBOGENFLAGGE

Der Christopher Street Day ist einer der Tage, die zeigen, wie wichtig es ist, für Menschenrechte zu kämpfen. Am 28. Juni 1969 wehrten sich Schwule in einer Bar in New York, die zum wiederholten Mal Opfer polizeilicher Übergriffe wurden. Aus dieser Dynamik heraus entwickelte sich der Christopher Street Day der jährlich als Emanzipa-

tionskundgebung der Lesben und Schwulen stattfindet. Um dies zu würdigen, wurde in Trier ein Antrag eingebracht, dass wie in anderen Großstädten am 28. Juni die Regenbogenflagge gehisst wird.

Meine gesamte Rede unter:
www.katrinwerner.de

Notiz Behindertenbeirat:

Mit der Anfrage zum Behindertenbeirat in Trier haben wir einen kleinen Erfolg erreicht. Die Stadtverwaltung setzt das Thema nun auf die Tagesordnung der dafür zuständigen Ausschüsse, damit der Behindertenbeirat schnell durch den Stadtrat beschlossen werden kann.

Konsequent tolerantes Trier

Am 11.05 wurde in den Trierer Stadtrat ein fraktionsübergreifender Antrag eingebracht, der es sich zum Ziel setzte, junge Menschen stärker in politische Prozesse zu integrieren und dabei für die Lebenssituation von Minderheiten zu sensibilisieren. Seitdem die NPD in den Stadtrat Triers einzog, ist nun ein offensiver Umgang mit der menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremen notwendiger denn je. Meine gesamte Rede unter:
www.katrinwerner.de

Trierer Appell unterstützen

Am Dienstag, den 04.05.10, organisierten das Multikulturelle Zentrum Trier, die Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Die Bunte Liste Trier mit Unterstützung von Parteiorganisationen eine Pressekonferenz zu den menschenunwürdigen Lebensbedingungen des Ausreisezentrums in Trier. Dabei wurde aufgerufen, den Trierer Appell zu unterstützen. Darin wird an den Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz appelliert, das Ausreisezentrum in Trier ersatzlos zu schließen.

Der Trierer Appell unter:
www.trierer-appell.blog.de
Unterzeichnung mit einer Mail an:
trierer-appell@gmx.de
Video zum Ausreisezentrum:
www.youtube.de/watch?v=5nDcgfj5NTw



Mehr Frauen in die Politik

Die Teilnehmerinnen des Treffen der LAG LISA diskutierten über die Möglichkeiten für Frauen sich in der Politik zu engagieren. Einig war man sich darin, dass es noch viele Hürden gibt, die es Frauen erschweren, politisch aktiv zu werden.

„Wenn Sitzungen um 17 Uhr stattfinden, ist das für Frauen oft problematisch. Zu dieser Zeit des Tages kommen Schulkinder aus der Ganztagschule nach Hause oder Kleinkinder müssen von Krippe oder Kindergarten abgeholt werden“, so berichtete Katrin Werner von ihren Erfahrungen aus der Stadtratsarbeit.

Weitere Informationen zu LISA kann man nachlesen unter: www.lisa-frauen.de



Echte Freiheit wär‘ viel cooler!

Am vergangenen Wochenende traf sich die Linksjugend [solid] Rheinland-Pfalz zu ihrer halbjährlichen Mitgliederversammlung in Büro der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.

Der Fokus der Versammlung lag dabei auf der Vorbereitung der Kampagne „echte Freiheit wär‘ viel cooler!“, durch die der Jugendverband seine Positionen zu den Themen Demokratie, Überwachung, Bildung und Gleichstellung an die Menschen in Rheinland-Pfalz herantragen will.

Gleichzeitig nominierte die Linksjugend [solid] mit großer Mehrheit ihren langjährigen Landesschatzmeister Hanno-David Heimann als Kandidaten für die Landesliste der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl. „Ich möchte mich im Besonderen für unsere Forderung nach mehr Mitgestaltungsrechten in der Demokratie einsetzen“, so Hanno-David Heimann. „Herausheben möchte ich hierbei unsere Forderung nach flächendeckenden Jugendparlamenten auf Landes- und kommunaler Ebene, sowie die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.“

LINKS IN RHEINLAND-PFALZ



MEINE MITARBEITERINNEN BESUCHTEN DEN LANDTAG

Vanessa Burkhardt und Ulrike Stumm informierten sich bei einem Seminar der Landeszentrale für politische Bildung über Arbeits- und Funktionsweise des Landtages. „Der Höhepunkt des Seminars war der Besuch einer Plenardebatte im Landtag. „Allerdings lösten einige Argumente bei mir nur Kopfschütteln aus. So kann eine Zuständigkeit der Länder in der Frage der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken nicht damit abgewiesen werden, dass es in Rheinland-Pfalz keinen Atommeiler gibt. Die CDU und die FDP auf Bundes- und Landesebene müssen endlich erkennen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Atomkraft ablehnen“, so Ulrike Stumm.

Im Anschluss an die Debatte stellten sich drei Abgeordnete den Fragen der TeilnehmerInnen. Da darunter zwei Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung waren, formulierte Vanessa Burkhardt ihre Erwartungen in diesem Bereich. „Die Politik muss endlich Initiativen ergreifen und sich für eine bessere Bezahlung von Frauen einsetzen. Zudem muss notfalls per Gesetz durchgesetzt werden, dass Frauen in Führungspositionen gleichberechtigt vertreten sind. Das nächste Seminar findet im September statt.

Nähere Infos unter: www.politische-bildung-rlp.de

Individualbeschwerdeverfahren zum UN-Sozialpakt durchsetzen

Die SPD-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag auf Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls des UN-Sozialpakts eingebracht. Mit einer Unterzeichnung bekämen auch hierzulande Betroffene die Möglichkeit, die Verletzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte individuell bei den Vereinten Nationen anzuzeigen. Meine Rede am 21.Mai:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE unterstützt das Anliegen des Antrags. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir die Rechte von Betroffenen stärken wollen, deren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte verletzt werden. Der vorliegende Antrag verweist insbesondere auf das Recht auf angemessene Unterbringung, das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser. Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls ist für uns unstrittig und unverzichtbar. Aber in ihrem Antrag lobt die SPD ihre Regierungsbilanz in der internationalen Menschenrechtspolitik. Die LINKE meint: Zur nachträglichen Beschönigung von Rot-grün und Schwarz-Rot besteht nicht der geringste Anlass! Auch in dieser Frage entdeckt die SPD erst reichlich spät und in der Opposition plötzlich Handlungsbedarf in Bereichen, die sie in ihrer eigenen Regierungszeit vernachlässigt hat! Denn ausgerechnet unter Rot-grün wurden die finanziellen Zusagen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht mal zur Hälfte erfüllt. Frau Wieczorek-Zeul hat als Bundesministerin das zugesagte Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weit verfehlt! Ich frage: Stellt sich die SPD etwa so die aktive und konstruktive Rolle vor, von der sie in ihrem Antrag spricht? Allerdings sieht es unter der jetzigen schwarz-gelben Bundesregierung kaum besser aus. Herr Niebel von der FDP wollte das Bundesministerium, das er nun als Minister führt, vor der Wahl sogar abschaffen! Dies lässt schlimmes befürchten! Das Protokoll liegt schon seit Dezember 2008 vor und die Bundesrepublik hat nicht zu den Erstunterzeichnern gehört.

Von einer Vorbildfunktion bei den Menschenrechten kann somit keine Rede sein! Dies gilt leider für die frühere wie für die jetzige Bundesregierung!

„Völkermord an Armeniern:

Bundesregierung stiehlt sich aus historischer Mitverantwortung“

„Die Bundesregierung betreibt Geschichtsrevisionismus“ kommentiert Katrin Werner, Mitglied im Menschenrechtsausschuss, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur deutschen Mitverantwortung für den Völkermord an den Armeniern (BT-Drucks. 17/1798).

Werner weiter: „Die Bundesregierung verweigert weiterhin eine klare Antwort auf die Frage, ob sie die Massenvernichtung der osmanischen Armenier 1915/16 im Sinne der UN-Konvention als Völkermord bewertet oder nicht. Stattdessen verweist sie darauf, dass die UN-Völkermordkonvention in der Bundesrepublik erst seit dem 22. Februar 1955 in Kraft getreten sei und nicht rückwirkend gelte. Die Bundesregierung ist somit nicht bereit, historische Massenverbrechen, die vor diesem Stichtag begangen wurden und an denen Deutschland beteiligt gewesen ist, förmlich anzuerkennen, da diese zu diesem Zeitpunkt noch keinen Straftatbestand nach dem Völkerrecht darstellten.

Praktisch opfert die Bundesregierung den einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2005, um einerseits die engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden. Sie geht aber noch einen Schritt weiter und versucht sogar, die historische Mitschuld Deutschlands am Genozid partiell weiß zu waschen.

Bezeichnenderweise spricht die Bundesregierung vom Vorwurf „angeblicher Zwangsarbeit“, den armenische Kläger gegen deutsche Firmen erheben würden. Das ist Geschichtsrevisionismus pur, der die Nachkommen von armenischen Zwangsarbeitern kaum schmerzlicher treffen könnte. Die Leiden der Opfer sind der Bundesregierung offenbar völlig gleichgültig. Natürlich lehnt sie auch die Bestrafung der Völkermordleugnung ab.

In den Akten des Auswärtigen Amtes findet sich folgende Notiz des damaligen Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 17.12.1915: „Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht.“

Der Bruch mit dieser zynischen, imperialen Großmachtspolitik wird ohne die Anerkennung des Völkermords inklusive des deutschen Schuldanteils nicht zu erreichen sein. Leider fehlt der schwarz-gelben Bundesregierung hierfür der politische Wille und das notwendige Unrechtsbewusstsein.“

Berlin, 3. Juni 2010

SPLITTER

TREFFEN MIT GEORGISCHER BOTSCHAFTERIN

Am 19. Mai traf Katrin Werner Ihre Exzellenz, Gabriela von Habsburg, Botschafterin der Republik Georgien in Deutschland, zum Meinungsaustausch.

Schriftliche Frage:

PARLAMENTSWAHLEN IN BERG-KARABACH

Parlamentswahlen im Mai 2010. Weil Berg-Karabach völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, sich aber einseitig abgespalten hat, betrachtet die Bundesregierung die Wahlen als illegal. Die LINKE teilt diese Einschätzung. Allerdings hätte dies auch für das Kosovo gelten müssen.

Schriftliche Frage:

MEXIKO: MENSCHENRECHTSVERTEIDIGUNG

Kürzlich wurden im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca zwei Menschenrechtsaktivistinnen überfallen und ermordet. Die Bundesregierung gibt an, dass 98,5 Prozent aller derartigen Fälle in Mexiko unaufgeklärt bleiben. Die LINKE fordert von der Bundesregierung, sich gegenüber der mexikanischen Regierung für einen besseren Schutz von bedrohten MenschenrechtsverteidigerInnen einzusetzen.

Fragen ernst nehmen - Antworten geben

Mich erreichen viele Fragen - zuletzt natürlich zur Griechenlandkrise. Mein Team und ich antworten schnellstmöglich. Ich bin der Auffassung, gerade in diesen Zeiten muss sich Politik vor den Bürgerinnen und Bürgern erklären. Auszüge aus einer Anfrage und aus der Antwort meines Mitarbeiters:



DIE ANFRAGE: Sehr geehrte Frau Katrin Werner, die Bundesregierung hat angekündigt, mehr als 22 Milliarden deutsche Steuergelder für Griechenlands Schulden auszugeben. Dabei steigen die Steuern und Abgaben, die die Bürger belasten, schon jetzt Jahr für Jahr an. Gleichzeitig werden die staatlichen Leistungen für Gesundheit, Bildung, Familie etc. immer schlechter. Ich fordere Sie deshalb auf, das Vermögen der deutschen Steuerzahler zu schützen. Steuergeld soll zum Wohle des Bürgers verwendet werden. Sprechen Sie sich noch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen öffentlich gegen die Milliardenhilfen für Griechenland aus. Stimmen Sie im Bundestag gegen das für die Hilfen notwendige Gesetz! [...] Meine politische Unterstützung bei der nächsten Bundestagswahl werde ich sehr stark von Ihrer Haltung in dieser Frage abhängig machen. [...]

DIE ANTWORT: Tatsächlich muss die griechische Krise als europäische Krise, wenn nicht sogar als Konsequenz aus der Weltfinanzkrise verstanden werden. Die Bundesrepublik lebt von ihren Exporten; die wirtschaftliche Schwäche eines Mitglieds der Europäischen Union hat eben auch schwerwiegende Konsequenzen für unsere heimische Wirtschaft. Für Frau Werner zählt, wie für Sie, wer am Ende für die Krise zahlen muss. Weder die deutschen, noch die griechischen Steuerzahler sind für die Krise verantwortlich. Verantwortlich ist die Politik der vorangegangenen und der jetzigen Bundesregierungen – eine Politik der Deregulierung, die Wetten auf den wirtschaftlichen Niedergang ganzer Wirtschaftsräume zuließ und zulässt. Spekulationen auf den Niedergang des Euros mit folgenden gezielten Angriffen auf europäische Volkswirtschaften haben maßgeblich zur momentanen Misere beigetragen. Es ist vor diesem Hintergrund einfach skandalös, wenn die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Bundesrepublik durch Bürgschaften oder aber die griechischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler durch herbe soziale Einschnitte die Zeche zahlen müssen. Im Bundestag setzt sie sich mit der Fraktion DIE LINKE für eine konsequentere Regulierung der Finanzmärkte ein und für einen stärkeren Einfluss der Politik, einer verantwortungsvollen Politik, auf die Finanzwirtschaft.



LINKS VOR ORT IN EUROPA

EUROPASPLITTER

FOLGEN DER KRISE

Auf der Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 21. bis 25. Juni wird über die politischen Folgen der Krise diskutiert, der Berichtersteller Emanuelis Zingeris führt aus: „Die steigende Zahl der Nichtwähler in Europa ist Besorgnis erregend, denn sie spiegelt sowohl eine Unzufriedenheit mit der Funktionsfähigkeit der Demokratie als auch das Misstrauen gegenüber Politikern im Allgemeinen wider.“

KOSOVO IM EUROPARAT

Die Situation des Kosovo ist ebenfalls Gegenstand der Beratung der Parlamentarischen Versammlung: „Die Rückkehr von Internally Displaced Persons in den Kosovo sollte ein Recht, aber keine Pflicht sein. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um sicherzustellen, dass für die, die nicht zurückgehen können oder wollen, würdige langfristige Lösungen gefunden werden.“

AKTION: NEIN ZUM AUSVERKAUF VON AFRIKA!

Großflächige Landnahmen von ausländischen Investoren in Afrika zerstören die Lebensgrundlage von Kleinbauern! Schicken Sie eine Protestmail an die Bundesregierung:

www.inkota.de/landnahme



Termine

13.06.2010, 11.30, Neustadt

Verleihung des rheinland-pfälzische Friedenspreises

13.06.2010, Mainz

Frauenplenum der LINKEN Rheinland-Pfalz

26./27.06.2010, Kaiserslautern

VertreterInnenversammlung der LINKEN Rheinland-Pfalz

BUNDESTAG & WAHLKREIS

DEUTSCHER BUNDESTAG

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227-74337

Telefax: (030) 227-76337

E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Tina Hilprecht

Büroleiterin

Telefon: (030) 227-74335

Heiko Langner

wissenschaftlicher Mitarbeiter

Telefon: (030) 227-74336

E-Mail: katrin.werner.ma01@bundestag.de

Thomas Feske

Telefon: (030) 227-74331

E-Mail: katrin.werner.ma02@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO TRIER

Paulinstr. 1-3, 54292 Trier

Telefon: (0651) 1459225

Telefax: (0651) 1459227

E-Mail: katrin.werner@wk.bundestag.de

Ulrike Stumm

Wahlkreismitarbeiterin

Wahlkreisbüro Trier

Marc-Bernhard Gleißner

Wahlkreismitarbeiter

Mobil: (0160) 96271733

E-Mail: katrin.werner@wk2.bundestag.de

BÜRGERBÜRO WITTLICH

Vanessa Burkhardt

Untere Kordel 1a

54516 Wittlich

Telefon: (0651) 1459225